

CDU steht zu Suchtberatungsstellen- finanzielle Unterstützung weiter gesichert

PINNEBERG. Der Kreistag Pinneberg hat am 20. März 2013 auf Vorschlag des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren (AfSGGS) entschieden, die Förderung der Suchtberatungsstellen im Kreis Pinneberg fortzuführen.

Die CDU Fraktion steht trotz angespannter Finanzlage hinter der Suchtförderung als wesentlicher Baustein des Präventionskonzeptes des Kreises Pinneberg.

„Gerade in Zeiten von sog. „Komasaufens“, was im Kreis Pinneberg dramatische Züge angenommen hat, wäre es verantwortungslos, aus der Suchtförderung auszusteigen“, so Lutz Degener, sozialpolitischer Sprecher der CDU Kreistagsfraktion.



Die Finanzierung ist somit für die Jahre 2014 bis 2017 in Höhe von 2 Mio. Euro gesichert.

Aus diesem Budget wird aber jetzt noch zusätzlich finanziert:

87.500 EUR für das „Betreuungsangebot für

Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten Familien und 17.000 EUR für die Fortführung des Projektes JIMs Bar, die alkoholfreie Cocktailbar.

Dabei handelt es sich um ein niederschwelliges Angebot der Alkoholprävention und die attraktive Alternative zu alkoholischen Angeboten auf öffentlichen Festen und kommunalen Veranstaltungen.

Dazu wurden junge Freiwillige von Experten der Systemgastronomie, der Deutschen Barkeeper-Union und der Suchtprävention mit entsprechend hohem Standards in den Bereichen Hygiene, Verarbeitung von Lebensmitteln, Kundenservice, Alkohol und Sucht zu „JIMs Barkeepern“ ausgebildet.

Dieses erfolgreiche Projekt wurde im Bundeswettbewerb für Alkoholprävention nominiert. Zusätzlich erhält der gemeinnützige Trägerverein bis Ende des laufenden Jahres EU-Fördermittel für die Umsetzung des Projektes im ländlichen Raum.

Die allgemeine Suchtberatung wird weiterhin von den bisherigen erfahrenen Trägern in den 5 Regionen des Kreises Pinneberg durchgeführt. Dabei werden die Kreismittel nach dem Einwohnerschlüssel innerhalb der jeweiligen Region im Verhältnis 2/3:1/3 auf den legalen und illegalen Suchtmittelbereich aufgeteilt.

Lutz Degener
sozialpolitischer Sprecher
der CDU Kreistagsfraktion

Kreisberufsschule auf der Zielgeraden

PINNEBERG.

„Ich freue mich sehr, dass wir uns im Zeitplan befinden und noch vor der Kommunalwahl, am 26. Mai, den Vertrag unterzeichnen können“, so Kerstin Seyfert, schulpolitische Sprecherin der CDU-Kreistagsfraktion. Selbst ein versuchtes Störfeuer der SPD-Kreistagsfraktion, in Form eines Antrages, im letzten Kreistag, der nur dazu ausgelegt war, den Neubau zu verzögern, kann das Verfahren nicht stoppen. Es gab dafür keine Mehrheit. „Man muss sich das einmal vorstellen“, sagt Kerstin Seyfert, „die SPD will den Neubau der Kreisberufsschule Pinneberg mit allen Mitteln verhindern!“

Die Frage, die sich hier aufwirft, ist die: „Will die SPD keine Bildung mehr mit verantworten?“ Fakt ist, dass sich die SPD, als auch die Fraktion der Linken, bereits vor über einem Jahr aus der eigens zu Beginn des Verfahrens eingerichteten Lenkungsgruppe, aus Mitgliedern der Verwaltung und Selbstverwaltung, verabschiedet hatte.

Die Abschlussverhandlungen mit den drei letzten von insgesamt sieben Bietern sind abgeschlossen und ein Bieter hat sich herauskristallisiert. Über das Ergebnis wurde die Lenkungsgruppe am 08.04.2013 unterrichtet. Am 09.04.2013 gab es dann eine Informationsveranstaltung zur Unterrichtung der Mitglieder des Kreistages. Die abschließende Beschlussfassung soll im Kreistag, am 24.04.2013, erfolgen. Das bedeutet, dass das Ziel, noch vor der Kommunalwahl einen Vertragsabschluss herbeizuführen, erreicht wird. „Ein toller Erfolg, insbesondere auch für die betroffenen Lehrer und Schüler“, freut sich Kerstin Seyfert. Es sei allerdings auch ein Kraftakt gewesen, der nur gelingen konnte, weil alle Beteiligten, Verwaltung, Selbstverwaltung und Berater an einem Strang gezogen und das Ziel nie aus den Augen verloren hätten. „Der Zeitaufwand war schon enorm“, so Kerstin Seyfert, aber jetzt freue man sich über das Ergebnis und den Erfolg.

Inzwischen hat sich herausgestellt, dass sich das von der CDU-Fraktion auf den Weg gebrachte modifizierte ÖPP-Verfahren, wie erwartet, als finanzieller Glücksgriff für den Kreis herausstellt.

Nach den neuesten Berechnungen des wirtschaftlichen Beraters wird der Neubau rund 15% günstiger als bei einer konventionellen Umsetzung, die von der SPD und den Linken präferiert wurde. In Zahlen bedeutet das nach heutigem Stand 4,8 Millionen Euro.

Der Spatenstich kann noch in diesem Jahr erfolgen. Mit der Fertigstellung des Neubaus wird in 2015 gerechnet. Bereits im Sommer 2014 kann der erste Neubauteil bezogen werden und Unterricht stattfinden. Der Kreis Pinneberg wird dann über die modernste Berufsschule in Schleswig-Holstein verfügen.

„Zurücklehnen können wir uns aber nicht“, verkündet Kerstin Seyfert. Denn als nächstes folgt der dringend notwendige Neubau der Werkstatt der Kreisberufsschule Elmshorn. Mit den Planungen soll noch in diesem Jahr begonnen werden. Auch hier werde es wieder eine Lenkungsgruppe geben. „Wir wollen so unsere gute Arbeit fortführen und können unsere Erfahrungen aus der Arbeit der Kreisberufsschule Pinneberg einbringen“, befürwortet Kerstin Seyfert dieses Vorhaben. Jetzt wolle man sich aber erst einmal auf die bevorstehende Kommunalwahl konzentrieren, denn mit einem guten Abschneiden bei der Wahl könne die sehr gute CDU-Politik im Kreis Pinneberg fortgesetzt werden.



Kerstin Seyfert
Schulpolitische Sprecherin
Der CDU-Kreistagsfraktion

Wer ist ... Jörn A. Kruse



QUICKBORN.

Als verheirateter Diplom-Betriebswirt mit zwei Kindern stehe ich mitten im Leben. Meine ersten aktiven Berührungspunkte mit der Kommunalpolitik hatte ich als Sprecher einer Bürgerinitiative im Kampf gegen unberechtigte Ausbaubeiträge in meiner Straße in Quickborn.

Die CDU war die einzige Partei, die sich aktiv dem Thema angenommen hatte. Final habe ich mit einer Klage vor dem Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht und großer medialer Begleitung die Ausbaubeiträge im Lerchenweg zu Fall gebracht.

Für mich Stand fest, dass ich nunmehr die Zukunft meiner Stadt aktiv gestalten möchte. So wurde ich 2005 für die CDU bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Planung und Bau.

2008 wurde ich Ratsherr der Stadt Quickborn und Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt.

Ebenso zog ich als Direktkandidat für Quickborn in den Kreistag ein und wurde Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr.

Für eine gute Infrastruktur zu sorgen liegt mir besonders am Herzen. Denn eine gute Infrastruktur sichert Wachstum und Wohlstand.

Seit 2011 bin ich für Quickborn zweiter stellv. Bürgervorsteher und damit noch öfter nah am Menschen. Das ist mir auch sehr wichtig in meiner politischen Arbeit.

Auch zukünftig möchte ich aktiv mit meiner CDU die Zukunft des Kreises Pinneberg gestalten und werde dafür kämpfen meinen Wahlkreis in Quickborn wieder direkt zu gewinnen.

Herzliche Grüße
Jörn A. Kruse

TERMINE

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren:

15. April um 18:00 Uhr,
Konferenzraum Rosengarten

Ausschuss für Finanzen:

16. April um 18:30 Uhr,
Konferenzraum Rosengarten

Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr:

16. April um 18:30 Uhr,
Konferenzraum Arboretum

Hauptausschuss:

17. April um 16:30 Uhr,
Konferenzraum Arboretum

Ausschuss für Jugendhilfe:

18. April um 18:00 Uhr,
Konferenzraum Arboretum

Ausschuss für Schule, Sport und Kultur:

18. April um 18:30 Uhr,
Heideweg Schule, Appen-Etz

Sitzung des Kreistages:

24. April um 18:00 Uhr,
Rathaus Pinneberg, Sitzungssaal

Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung:

25. April um 18:30 Uhr, Konferenzraum Rosengarten

IMPRESSUM

Herausgeber:

Der Vorstand der CDU-Fraktion im
Pinneberger Kreistag

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle
Lindenstrasse 19 • 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 22927
Fax: 04101 / 591761

newsletter@cdu-kreistag-pinneberg.de

Redaktion und Produktion:

Anja Gergeleit, Britta Erning

Fotos:

CDU, Pixelio, Seyfert, Kruse, Bröcker

Das Abgeordnetenwort:



PINNEBERG. Im letzten Newsletter hat mein geschätzter Kreistagskollege Michael Kissig deutlich gemacht, wie wichtig eine Entschuldung des Kreises für die Kommunen ist. Ein gemeinsames Ziel verbindet alle. Die Umlage, die die Kommunen an den Kreis zu zahlen haben, muss sinken. Diese kann nur geschehen, wenn die Ausgaben des Kreises durch Einnahmen gedeckt werden.

Um das Ziel zu erreichen, ist „Sparen“ das falsche Wort. Es verschleiert zwei schwierige und sehr unterschiedliche Prozesse. Muss der Kreis eine bestimmte Aufgabe erfüllen und, wie kann er diese – wenn er sich denn als verantwortlich sieht – mit möglichst geringem finanziellem Aufwand bei hohem inhaltlichem Niveau erledigen. Zu beiden Fragen melden zahlreiche Gruppen ihre eigenen Interessen an. Gemeinden, Ämter und Städte haben zum Teil auch untereinander sehr unterschiedliche Vorstellungen, wenn es um die Zuständigkeit bei der Erfüllung von Aufgaben geht. Organisationen und Leistungsempfänger diskutieren und

entscheiden gerade im Jugendhilfeausschuss bei der Frage des finanziellen Aufwandes für soziale Leistungen mit.

„Geizhalse sind die Plage ihrer Zeitgenossen, aber das Entzücken ihrer Erben.“

(Theodor Fontane)

Einfache Lösungen auf die Frage des „Sparens“, oder besser der Aufgabenkontrolle, sind daher meist nicht zu finden. Jeder Kreistagsabgeordnete tut sich schwer, eine konsequente Linie zu verfolgen. Immer wieder werden ganze Bereiche von der Aufgabenkontrolle ausgeschlossen. Darüber hinaus müssen permanent Kompromisse zwischen den unterschiedlichen Parteien gefunden werden.

Die politischen Folgen für unsere Erben werden heute hinter Begriffen wie Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit verborgen. Wahlprogramme besitzen die Verständlichkeit von Abschlussarbeiten an Universitäten und verschleiern politische Ziele mit Worthülsen. Die Kommunalpolitik wird durch das Tagesgeschäft mit vielen „ad hoc“-Entscheidungen bestimmt. Langfristige inhaltliche Ziele oder Grundsätze werden kaum mehr aufgestellt oder verfolgt. Parteien verlieren dadurch ihre Alleinstellungsmerkmale und werden für den Wähler austauschbar.

„In der Aufstellung unserer Grundsätze sind wir strenger als in ihrer Befolgung.“

(Theodor Fontane)

In ihrem Grundsatzprogramm hat die CDU Deutschland 2007 folgendes formuliert: „Auf absehbare Zeit kann auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland nicht verzichtet werden.“ und „Wir bekennen uns zur bewährten Wehrpflicht in Deutschland, die den sicherheitspolitischen Herausforderungen angepasst und entsprechend weiterentwickelt wird.“ (aus: Kurzfassung des Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands, Hannover am 3. Dezember 2007)

Aufgabenkontrolle ist im Kreistag zum einzigen Ziel geworden! Das Reicht nicht. Auch Kommunalpolitiker sollten nicht nur verwalten, sondern gestalten. Aber diese Möglichkeit haben wird uns durch die Verschuldung kontinuierlich eingeschränkt. Dennoch brauchen wir Visionen für die Zukunft, die auf klaren Grundsätzen basieren. Auch wenn der Wind mal dreht, müssen diese beständig bleiben. Dabei ist es unsere Aufgabe, aktuelle gesellschaftliche Fragen zu beantworten und politische Lösungen für die Herausforderungen der Gegenwart anzubieten. Damit gewinnt man viele lautstarke Kritiker und stillschweigende Sympathisanten. Aber beides sollte die CDU ertragen können, ohne die Orientierung zu verlieren oder die eigenen Grundsätze aufzugeben. Denn ohne feste, formulierte Grundsätze ist Politik orientierungslos und Parteien sind austauschbar.

Ihr
Marco Bröcker
Kreistagsabgeordneter